

Inhalt

»Der Populismus der Armutsdebatte«

Vorwort von Prof. Marcel Fratzscher

11

»Einladung zur Empathie«

Geleitwort von Andreas Steppuhn

15

Einleitung

Die Tragödie der Armut

19

Kapitel 1

Arm in einem (immer noch) reichen Land – immer mehr mit immer weniger

33

Wovon wir reden, wenn wir von Armut reden	38
Und worum es eigentlich geht	48
Wer über Armut spricht, darf über	
Reichtum nicht schweigen	56
... aber nicht nur auf »die da oben« zeigen	65

Kapitel 2

Arm und (allein-)erziehend – Kinderarmut und Chancengerechtigkeit

70

Wo geht es los?	75
Was kann Bildung und was nicht?	79

Das Startchancen-Programm als Lösung?	86
Die Kindergrundsicherung als Perspektive?	95
Knackpunkt Familie und Beruf	102
Kleine Ideen und große Expert*innen	108

Kapitel 3

Arm trotz, wegen und ohne Arbeit – zwischen Niedriglohn und Bürgergeld

110

Der Wert der Arbeit	113
Bürgergeld statt Hartz IV – wenig mehr als ein neuer Name	116
Mindestlohn und Minijobs	123
Gefragt sind Perspektivwechsel	130

Kapitel 4

Arm und alt – Demografie, Menschenwürde und Einsamkeit

137

Riestern statt Solidarisieren	141
Grundsicherung im Alter – Altern in Würde?	146
Quo vadis, Rentenversicherung?	149
Scham, Stress, Einsamkeit	157
Arm macht krank, krank macht arm	164

Kapitel 5

Arm mit Migrationsgeschichte – zwischen (Nicht-)Willkommenskultur und Fachkräftemangel

169

Bekannte Probleme – nur mehr davon	176
Integrationsparadox oder Stimmungsumschwung?	179
Politische Maßnahmen und gesellschaftliche Herausforderungen	185

Kapitel 6
Arm und außen vor – soziale Ungleichheit
und Demokratiegefährdung

192

Mit jeder Krise wächst die Ungleichheit.....	197
Wegschauen ist keine Lösung.....	201
Eigentum verpflichtet – Überreichtum erst recht	206
Bürgerschaftliches Engagement stärken	212

Schlusswort

Eine soziale Zeitenwende braucht
eine mutige Gesellschaft

219

Dank 225

Anmerkungen 227

Literaturempfehlungen 249

Kapitel 2

Arm und (allein-)erziehend – Kinderarmut und Chancengerechtigkeit

Ärmel hochgekrempelt und los. Die Tafeln sind Orte, die von jeher in der Praxis verortet sind und bis heute mit einer großen Portion Pragmatismus nach einfachen, naheliegenden, machbaren Lösungen suchen. So wie schon die Grundidee vor über dreißig Jahren: Zwischen überschüssigen Lebensmitteln und deren Verschwendungen auf der einen Seite und einem Mangel auf der anderen ist eine große, ungerechte Lücke – lässt uns versuchen, sie zumindest ein Stück weit zu schließen. Im Zentrum der Tafel-Arbeit stehen neben dem Retten, Sortieren und Verteilen von Obst, Gemüse und Brot aber vor allem Menschen. Ich selbst stehe ja nicht in einer Ausgabestelle, aber meine größte Motivation sind genau diese Menschen, die in einer Tafel aufeinandertreffen: unsere Helfer*innen und unsere Kund:innen, die durch unsere Arbeit in ihrem Alltag unterstützt werden. Und hier sehe ich auch die Kernaufgabe: Menschen zusammenzubringen.

Einer dieser pragmatischen Ansätze in den Tafeln hat daher auch gar nichts mit Lebensmitteln zu tun. Denn die wachsende Ungleichheit zeigt sich in Deutschland oft weniger als ein Mangel an Nahrung. Sie zeigt sich als ein Mangel an sozialer Teilhabe und an Verwirklichungschancen. Entscheidend ist jedoch, den Mangel an qualitativen und gesunden Lebensmitteln (Ernährungsarmut) nicht gegen den Mangel an Chancengerechtigkeit auszuspielen oder diese

überhaupt als Gegensätze zu sehen, denn in den meisten Fällen treffen sie Menschen doppelt. Viel wichtiger ist mir die Tatsache, dass soziale Ungleichheit und mit ihr die strukturelle Benachteiligung schon früh im Leben beginnt und sich vor allem in nicht vorhandener Bildungsgerechtigkeit in unserem Schulsystem manifestiert.

Dem versucht die Tafel Offenburg ein Stück weit entgegenzuwirken, und ihr Nachhilfeangebot hat sich seit 2011 zu einer festen Institution entwickelt. Hier bekommen aktuell 46 Schüler*innen von der ersten Klasse bis zum Abiturjahrgang in fast allen Unterrichtsfächern Unterstützung, die sie beziehungsweise ihre Eltern sich nicht leisten können. So etwas ist nur möglich, wenn sich Menschen vor Ort gezielt und zusätzlich dafür engagieren. Es geht *um* Menschen, es geht aber auch nur *mit* Menschen. In Offenburg sind das in erster Linie ehemalige Lehrer*innen, aber auch Student*innen oder ältere Schüler*innen, die in der Regel in einem wöchentlichen Rhythmus Nachhilfe anbieten. Seit 2014 stehen dafür dank einem Unterstützer eigene Räumlichkeiten mietfrei zur Verfügung. Spartanisch, aber funktionell mit ausrangierten Möbeln von der örtlichen Sparkasse und vom Turnverein ausgestattet. Davor fand der Einzelunterricht ausschließlich zu Hause statt. Ähnlich wie bei der Lebensmittelausgabe wird dafür ein symbolischer Preis fällig, die vier Stunden im Monat kosten fünf Euro. Außerdem gibt es jeden Mittwoch von 16 bis 18 Uhr »Sprechstunden«, denn gerade der Spracherwerb stellt für den Einstieg in die Schule oftmals eine große Hürde dar, nicht nur im Fach Deutsch.

Es gibt etliche solcher Beispiele, nicht nur in Offenburg, und natürlich gibt es sie auch jenseits der Tafeln. Auch wenn ich das Angebot toll finde und mir wünsche, dass es so viele Nachahmer wie nur möglich findet, möchte ich hier auf ein Phänomen hinweisen, das sich überall in unserer Gesell-

schaft finden lässt: Hilfe hat sich vielerorts in eine kostenpflichtige Dienstleistung verwandelt. Natürlich gibt es auch heute noch Freunde oder Nachbarinnen, die einfach so helfen, und schließlich sind auch die ehrenamtlichen Helfer*innen der Tafel der beste Gegenbeweis. Aber die Tendenz ist eindeutig. Nachhilfe ist beispielsweise ein Geschäft geworden, ein Markt, der in der Regel Menschen ausgrenzt, deren Budget zu klein ist oder die gar nicht wissen, welche Möglichkeiten auch für sie existieren. Was die Tafel in Offenburg mit ihrem Nachhilfeangebot eigentlich leistet, geht daher auch weit über die nächste Note oder das nächste Zeugnis hinaus. Sie bietet einen Raum, in dem Kinder und Jugendliche neben Deutsch und Mathematik fürs Leben lernen, neue Perspektiven entdecken, Selbstwirksamkeit entwickeln, ihre Persönlichkeit stärken, auf Mentor*innen treffen, die Rat geben und Inspiration sein können. Das pragmatische Zauberswort heißt »niedrigschwellig«. Nah am Menschen, direkt vor Ort, ohne bürokratische Hürden und fern jeder Renditeerwartung für die Menschen, die zur Tafel kommen und die hier neben Lebensmitteln eine echte Möglichkeit zu mehr Chancengerechtigkeit erhalten, die sie nicht erst im Dschungel von Angeboten entdecken müssen.

Ich möchte Sie wieder bitten, einen Schritt zurückzutreten und Kinderarmut in einer ganzheitlichen Dimension zu betrachten. Tatsächlich hat nämlich gerade Armut von Kindern enorme zeitliche und räumliche Dimensionen. Die zeitliche haben wir bereits kurz gestreift, denn die Benachteiligung fängt an, noch bevor es den Betroffenen überhaupt bewusst sein kann – bei oder schon vor der Geburt. Kinder haben selbst keinerlei Einfluss darauf, tragen aber von Anfang an sämtliche Konsequenzen. Die zeitliche Dimension ist aber auch deshalb so gewaltig, weil sich Kinderarmut genau genommen nicht auf die Kindheit beschränkt, sondern häufig

auf das ganze Leben auswirkt: auf Bildung (oder zumindest Chancen darauf), Erwerbstätigkeit und spätere Rentenansprüche, aber auch auf Ernährung, Gesundheit und Lebenserwartung – auf die maximale zeitliche Ausdehnung eines Menschenlebens und bis in jeden Winkel hinein.

Die räumliche Dimension wiederum zeigt sich in der Praxis in einem sparsam mit gebrauchten Möbeln eingerichteten Zimmer in einem Offenburger Verwaltungsgebäude, meint in Bezug auf Kinderarmut aber vor allem die verschlossenen Türen, vor denen armutsbetroffene Kinder stehen, weil sich ihre Eltern beispielsweise Eintrittspreise nicht leisten können. Fürs Kino, Theater, Museum, für den Schulausflug, das ÖPNV-Ticket, die Kinderfreizeit oder auch für den Hörsaal, denn ein Studium ist häufig das Ticket in eine andere Umgebung hin zu mehr Teilhabechancen. Die Welt armutsbetroffener Kinder ist nicht nur im übertragenen Sinn sehr viel kleiner, sondern tatsächlich auch physisch. Ihnen bleiben oft Zugänge verwehrt, die allen anderen selbstverständlich offenstehen.

Bei den Kindern anzusetzen bedeutet auch eine der großen Chancen auf eine langfristige Veränderung der Armutsgefährdungsquoten in unserem Land. Und bei wenigen Themen herrscht vordergründig so viel Einigkeit wie bei Kindern. Arme und Reiche, Politik und Wirtschaft, Medien und Öffentlichkeit – alle betonen, dass Kinder unsere Zukunft sind. Aber wie kann es dann sein, dass bei so viel Einigkeit mehr als jedes fünfte Kind in Deutschland armutsbetroffen oder -gefährdet ist?

Die erste Antwort ist wahrscheinlich so banal wie erschreckend: Arme Kinder gibt es im Grunde genommen gar nicht, es gibt nur Kinder von armutsbetroffenen Eltern. Oder anders formuliert: Kinder sind arm, und zwar *nur dann* arm, wenn ihre Eltern arm sind beziehungsweise der Elternteil, bei

dem sie aufwachsen. Womit wir wieder beim Nettoäquivalenzeinkommen und den 60 Prozent des Medians wären, der Armutsgefährdungsgrenze. Denn offiziell bemisst sich Armut auch für Kinder über das gewichtete Haushaltseinkommen. Das hat jedoch auch zur Folge, dass ein Kind reicher Eltern selbst dann nicht als armutsgefährdet gelten würde, wenn es arm an Zuwendung und Zeit wäre, was in einem erweiterten Armutsbegriff auch eine nicht zu unterschätzende Dimension in Bezug auf ein gelingendes Leben einnimmt. Um Kinderarmut zu beheben oder zu bekämpfen, müssten wir den Eltern aus der Armut oder Armutsgefährdung helfen. Und schon ist die Einigkeit nicht mehr so groß wie noch vor ein paar Zeilen.

Je nachdem, wie Armut definiert wird, sehen Zahlen und Fakten zur Kinderarmut teilweise recht unterschiedlich aus. Laut UNICEF, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, sind in Deutschland aktuell 1,3 Millionen Kinder dauerhaft von Armut betroffen.¹ Der Paritätische gibt für 2021 die bereits genannten 21,3 Prozent armutsgefährdete Kinder an, die Bertelsmann Stiftung nennt für 2022 schon 21,6 Prozent oder drei Millionen armutsgefährdete Kinder, und das Bundesfamilienministerium rechnet damit, dass 5,6 Millionen Kinder und Jugendliche Anspruch auf die für 2025 geplante Kindergrundsicherung haben werden. Aller Unterschiedlichkeit zum Trotz sind die Zahlen und Daten seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau. Dabei ist jedes dieser Kinder – ob nun dauerhaft von Armut betroffen, gefährdet oder möglicherweise mit Anspruch auf Kindergrundsicherung – ein armes Kind zu viel.

Betroffen sind vor allem Kinder von Alleinerziehenden und Familien mit drei und mehr Kindern. 42,3 Prozent aller Alleinerziehendenhaushalte fallen unter die Armutsgefährdungsgrenze. Rein statistisch betrachtet kommt eine Tren-

nung mit Kind(ern) schon einem Münzwurf gleich (mancherorts, in Bremen zum Beispiel, liegt das Armutsrisiko Alleinerziehender schon deutlich über 50 Prozent). Bei Haushalten mit zwei Erwachsenen und drei oder mehr Kindern sieht es ähnlich beunruhigend aus: Mit 32,3 Prozent ist fast jeder dritte von ihnen armutsgefährdet. Bis auf das Familienmodell »Zwei Erwachsene mit einem Kind« schneiden alle Haushaltstypen *mit* Kind deutlich schlechter ab als ohne. Kurz zusammengefasst: Kinder erhöhen das Armutsrisiko in Deutschland deutlich. Wenn der Begriff »Armutszeugnis« irgendwo passt, dann hier.

Wo geht es los?

Der Blick auf die Gesamtbevölkerung nach Altersgruppen zeichnet folgendes Bild: Das höchste Armutsrisiko haben junge Erwachsene zwischen 18 und 24 Jahren: Über 1,5 Millionen Personen oder 25,8 Prozent dieser Altersgruppe sind armutsgefährdet, also mehr als jede*r Vierte. Das hängt mit niedrigen Ausbildungsgehältern oder geringen Einkommen während des Studiums zusammen. Anhand dieser Altersgruppe lassen sich zwei Beobachtungen näher beleuchten: Zum einen kamen insbesondere aufgrund der enormen Preissteigerungen und des angespannten Wohnungsmarktes der letzten Jahre auch vermehrt junge Erwachsene und Studierende zur Tafel, weil das Geld nicht mehr reichte und sie ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten konnten. Zum anderen merken wir bei diesem Phänomen, mit welch unterschiedlichen Blicken und Stereotypen wir auf Armut schauen, denn Tafeln werden in der medialen Berichterstattung nahezu nie nach dieser Gruppe gefragt. In der öffentlichen

Wahrnehmung herrscht meinem Eindruck nach ein Bild von Armut vor, das Auszubildende und Studierende nicht einschließt. Denn auch wenn die Armutssquote in dieser Altersgruppe am höchsten ist, geht es hier um wirkliche materielle Armut und weniger um den Mangel an Chancen und sozialer Teilhabe. Darüber hinaus ist die Ausbildung auch mit der Verheißung auf ein Leben, das vermutlich nicht in Armut stattfindet, verbunden. Und trotzdem gibt es sie: die umfassende Armut, so möchte ich sie einmal nennen.

In dieser Altersgruppe zwischen 18 und 24 Jahren sind nämlich nicht nur Auszubildende und Studierende. Das besonders hohe Armutsrisko erklärt sich auch durch die Zahl der gering qualifizierten Jugendlichen oder mit den rund 50000 Jugendlichen, die Jahr für Jahr ohne Abschluss die Schule verlassen. SPD-Arbeitsminister Hubertus Heil weist regelmäßig darauf hin, dass zwei Drittel der rund 900000 Langzeitarbeitslosen keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, also nicht im Besitz des Schlüssels sind, der den Zugang zu einer gut bezahlten Arbeit ermöglicht. Für sie bleibt, wenn überhaupt, oft nur ein Einstieg im Niedriglohnsektor, der zwar Arbeit, aber selten ein Entkommen aus der Armutgefährdung verspricht. Sie sind ein Beleg dafür, wie soziale Herkunft von Generation zu Generation »weitervererbt« werden kann, und auch die Reichen können immer reicher werden, allein schon, weil ihr tatsächlich weitervererbtes Vermögen häufig auch bei dem Erwerb guter Bildung hilft. Kurz gesagt: Nicht die Gnade der »späten«, sondern die Gnade der »reichen« Geburt bedeutet Privilegien, die soziale Ungleichheit weiter wachsen lassen. Um daran etwas zu ändern, muss der Staat und die Gesellschaft viel früher ansetzen. Denn in der Tat ist eine fehlende oder geringe Qualifikation ja bereits eine Folge oder ein (Zwischen-)Ergebnis mangelnder Chancengerechtigkeit von Geburt an.

Ende 2023 wurde die letzte PISA-Studie veröffentlicht. Diese Studie der OECD, an der weltweit knapp 700000 Schüler*innen im Alter von fünfzehn Jahren teilnahmen, sorgte hierzulande zum wiederholten Male für den »PISA-Schock«, wenngleich er viele Eltern schulpflichtiger Kinder kaum überrascht haben dürfte. Schon in den letzten Jahrzehnten war klar geworden, dass Deutschland in den Kategorien Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften nur noch Mittelmaß ist und mit den Ergebnissen aus Singapur, Japan oder Südkorea nicht Schritt halten kann, auch wenn das am Selbstverständnis unserer Leistungsgesellschaft kratzt. Schmerzhafter ist jedoch der Befund, dass die 2022 gemessenen Ergebnisse in Mathematik und beim Lesen gegenüber denen von 2018 einen Leistungseinbruch zeigen, der von den Studienautor*innen als Rückstand eines ganzen Schuljahres interpretiert wird. Ein Grund ist die Coronapandemie mit all ihren Konsequenzen. Die Forscher*innen nennen aber auch den gestiegenen Anteil an Migranten aus »bildungsfernen« Schichten als weiteren Faktor. In meinen Augen mindestens genauso aufschlussreich war jedoch ein dritter Faktor: der große Abstand der gemessenen Leistungen zwischen Jugendlichen aus benachteiligten und jenen aus privilegierten Familien im Fach Mathematik, der mehr noch als die schwächelnde Lesekompetenz deutlich machte, wie weit wir uns vom Ideal der Chancengleichheit entfernt haben.

Während die PISA-Studien jedoch ein relativ spätes Zwischenergebnis bei den fünfzehnjährigen Jugendlichen liefern, das für die jeweiligen Jahrgänge nur mit großem Aufwand noch korrigiert werden könnte, erhalten anders erbrachte oder zumindest gemessene Leistungen mit einem Abschlusszeugnis Brief und Siegel. Wer sich damit auf einen Ausbildungs- oder Studienplatz bewirbt, hat nun Schwarz auf

Weiß, wo er oder sie steht. Hier wird soziale Ungleichheit legitimiert.

Wenn das Armutsrisiko eines Menschen jedoch überwiegend vom eigenen Erwerbseinkommen abhängt und die Chancen auf dem Arbeitsmarkt wiederum vom eigenen Bildungsabschluss, ist der Hebel für echte Chancengerechtigkeit und weniger soziale Ungleichheit unser Schul- beziehungsweise Bildungssystem. Die Schule ist buchstäblich fast der *einige* Ort, an dem aufgrund der allgemeinen Schulpflicht alle Teile der Gesellschaft zusammentreffen. Zumindest theoretisch drängt sie sich als idealer Ort zur Bekämpfung sozialer Ungleichheit auf. Während über Steuer- und Sozialpolitik erst sehr viel später im Leben eingegriffen werden kann, bietet die Bildungsinstitution Schule zudem den Vorteil, viel früher und auch direkt bei den Kindern ansetzen zu können. Wenn jedes Kind in unserem Land, unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, Glaube und Wohlstand etc., gleichen Zugang zu Bildung, also der Möglichkeit zur Verwirklichung von Lebenschancen, bekommen soll, dann an dem Ort, an dem grundlegende Kompetenzen in den unterschiedlichsten Disziplinen entwickelt werden. Leider entpuppt sich das aktuelle Schulsystem als ein Ort, der einem derart fairen Bildungsversprechen oder -ideal nicht gerecht wird.

Im Kern liegt das daran, dass wir das Leistungsprinzip eindeutig über die Verteilungsgerechtigkeit stellen und gleichzeitig vernachlässigen, wie die Leistungen beziehungsweise die ungleichen Startchancen überhaupt zustande kommen. Auch hier schimmert wieder ein neoliberal dominiertes Welt- und Menschenbild durch. Es wäre jedoch falsch, daraus abzuleiten, den Leistungsgedanken am besten gänzlich vom Schulgelände zu verbannen. Sich anzustrengen, Neues zu lernen, sich in eine Aufgabe zu vertiefen, auch wenn das

am Anfang schwerfällt, sich mit anderen zu messen und in einem Wettbewerb zu stehen – all das sind wichtige Erfahrungen für Kinder und Kernkompetenzen für ein späteres erfolgreiches (Berufs-)Leben. Was ich als Mutter von drei Kindern aus nächster Nähe miterlebe, ist jedoch schon sehr früh ein enormer Leistungsdruck, eine Fokussierung auf Fehler statt auf Erfolge, ein Lernen, das nicht auf die Anforderungen der zukünftigen Gesellschaft und des Arbeitsmarktes ausgerichtet ist, und ein hoher Anspruch auf Mitwirkung des Elternhauses, auch bei leistungsstarken Kindern.

Was kann Bildung und was nicht?

Machen wir doch noch einmal eine kleine Zeitreise zurück ins Jahr 1969 zu Willy Brandt. In seiner Regierungserklärung fiel damals nicht nur sein berühmter Satz: »Wir wollen mehr Demokratie wagen«, sondern auch ein weniger berühmter, aber nicht minder bemerkenswerter zum Thema Bildung: »Die Schule der Nation ist die Schule.« Bemerkenswert ist dieser Satz nicht nur, weil er eine Antwort auf eine schon damals prognostizierte »Bildungskatastrophe« war, sondern auch die Tragweite bewusst machte, die eine zu große Ungleichverteilung von Bildung mit sich bringt. Brandts Satz signalisierte: Wir erkennen die Bedeutung von Bildung für die Zukunft unseres Landes. Gleichzeitig war er der Start einer weitreichenden Bildungsreform.

Damals jedoch mit dem Schwerpunkt einer Bildungsexpansion, da in den Sechzigerjahren nur 5 Prozent aller Schüler*innen Abitur machten; im Übrigen mit einem verschwindend kleinen Bruchteil an Arbeiterkindern, etwa 6 Prozent dieser 5 Prozent. Es fehlten höher qualifizierte Fachkräfte,